

OV 03.08.11 S3

Basiskonto für alle EU-Bürger

Mayer (CDU): Es geht um die Freiheiten des Binnenmarktes

Von Giorgio Tzimurtas

Brüssel/Oldenburger Münsterland – Der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital – das ist die Idee des EU-Binnenmarktes. Doch: Wirklich grenzenlos ist er in der Praxis nicht immer. Als Hürden können sich ganz alltägliche Dinge erweisen, weil sie europaweit noch uneinheitlich geregelt sind. Zum Beispiel Girokonten. Nicht in jedem EU-Staat ist es selbstverständlich, dass Verbraucher über eins verfügen.

Doch: „Um die Freiheiten des Binnenmarktes wahrzunehmen, braucht man ein solches Konto“, sagt der Vechtaer EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU). Er verweist auf Einkäufe übers Internet – ohne Bankverbindung heutzutage nur schwer vorstellbar. Aber auch die Begleichung von Rechnungen per Überweisung gehört zum normalen modernen Leben. EU-Binnenmarktkommissar Michel

Barnier hat deshalb einen Vorstoß für ein „Basiskonto“ unternommen. Jeder EU-Bürger soll ein Recht darauf haben – unab-



hängig von seiner finanziellen Situation. Zunächst sind die Staaten und die Bankenbranche gefordert, eine Lösung zu finden. Ein Gesetz soll es erst geben, wenn sich innerhalb eines Jahres nichts ändert.

In Deutschland ist der Handlungsbedarf geringer als in anderen EU-Staaten. Bereits 1995 hat der Dachverband der deut-

schen Bankenbranche, der Zentrale Kreditausschuss (ZKA), seinen Mitgliedern das „Girokonto für jedermann“ empfohlen – auf Guthabenbasis, ohne Überziehungsrahmen. Ebenso will es Barnier europaweit. Allerdings: Mayer sieht trotz der ZKA-Empfehlung auch in Deutschland „faktisch Schwierigkeiten.“ Wer beispielsweise keine Arbeit habe, werde noch zu häufig abgewiesen. Ähnlich lautet die Kritik des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen. Zu uneinheitlich werde die Empfehlung umgesetzt.

Wie sieht es bei Geldinstituten der Region aus? „Bei uns ist niemand ausgeschlossen“, sagt Hans Günter Rostalski, Sprecher der Landessparkasse zu Oldenburg (LzO). Mit Blick auf Barniers Vorschlag erklärt er: „Wir praktizieren das schon. Ich sehe keine Unterschiede.“ Die LzO setze die Empfehlung des Bankendachverbandes ZKA zum „Girokonto für jedermann“ eins zu eins um. Auch Britta Silchmüller, Sprecherin der Oldenburgischen Landesbank (OLB), betont: Was die EU-Kommission fordere, sei mit der Praxis der OLB bereits „identisch“, weil die Empfehlung des ZKA umgesetzt werde.

Auch wenn in Deutschland eine freiwillige Verpflichtung der Banken besteht, so ist Barniers Plan dennoch auch hierzulande von weitreichender Bedeutung – für die Wirtschaft. Denn: Je mehr EU-Bürger ein Girokonto haben, desto einfacher können sie Produkte von Firmen mit Sitz in Deutschland bezahlen. Zum Beispiel übers Internet.



Geld abheben per Karte vom Girokonto – das ist nicht in jedem EU-Staat eine Selbstverständlichkeit für die Bürger. 30 Millionen EU-Bürger haben kein Girokonto. Das soll sich ändern. In Deutschland gibt es bereits das „Girokonto für jedermann“. Foto: dpa